

Johann CRAMER

geb. 29.7.1905 Norden

gest. 14.1.1987 Wilhelmshaven

Journalist, Politiker; MdB

Johann Cramer war der Sohn eines „Landgebräuchers“, also eines kleinen selbständigen Bauern, der aber schließlich von seiner Landwirtschaft nicht leben konnte und sich noch mit 55 Jahren als Lohnarbeiter verdingen mußte. Obwohl politisch nicht aktiv, waren die Eltern doch SPD-orientiert. Diese Orientierung ging wie selbstverständlich auf den Sohn über.

Nach dem Besuch der Volksschule in Norden absolvierte er eine Bürolehre beim Landwirtschaftlichen Hauptverein für Ostfriesland und ging gleichzeitig auf die kaufmännische Handelsschule in Norden. Dazu suchte er in Volkshochschulkursen sich weiterzubilden, insbesondere in politischen Fragen. Nach der Lehre fand er eine Anstellung bei der Ems-Lots-Gesellschaft in Emden, mußte diese jedoch 1923 – auf dem Höhepunkt der Inflation – wieder aufgeben, da der Lohn für die nötige eigene Wohnung nicht reichte. Er ging zurück nach Norden und arbeitete als Angestellter am Finanzamt.

Das frühe politische Interesse Cramers war verbunden mit dem Wunsch, journalistisch zu arbeiten. Bereits im Alter von 17 Jahren schrieb gelegentlich für das in Emden erscheinende SPD-Blatt „Ostfriesische Volkszeitung“. Im Dezember 1924 bot ihm diese Zeitung eine feste Stelle an. Er war zuständig für den Emdener Lokalteil. 1926 wurde die Zeitung in „Volksbote“ umbenannt. Chefredakteur war Hermann Tempel (s. *dort*), von dem Cramer, wie er in seinen Erinnerungen sagt, viel gelernt hat. 1931 wechselte er an das in Saalfeld (Thüringen) erscheinende „Volksblatt“, ebenfalls eine SPD-Zeitung. Hier übernahm er die Redaktionsleitung, die neu besetzt werden mußte, weil der bisherige Chefredakteur sich einer linken Abspaltung der SPD, der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP), angeschlossen hatte. Mit ihm und seiner Partei lieferte Cramer sich in der Folge heftige Gefechte. Er vertrat den SPD-Kurs sowohl gegen die Nationalsozialisten als auch gegen die Kommunisten und scheute sich nicht, mit bürgerlichen Republikanern zur Verteidigung der Weimarer Verfassung zusammenzuarbeiten. Bereits in Emden hatte er im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ mitgewirkt, in Thüringen war er seit 1932 dessen Vorsitzender für die Kreise Saalfeld, Rudolstadt und Ziegenbrück.

In der Folge der Machtergreifung wurde das „Volksblatt“ verboten, die Druckerei beschlagnahmt und Cramer vorübergehend inhaftiert. Nach kurzlebigen Versuchen mit Zeitungsneugründungen schlug Cramer sich mit Akzidenzdrucksachen, später mit der Produktion und dem Reisehandel von Schuheinlagen durch. Im Mai 1941 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, war aber als Rechnungsführer in höheren Stäben meist weitab vom Schuß. Bei Kriegsende geriet er in Italien in amerikanische Gefangenschaft, aus der er erst im Juli des folgenden Jahres entlassen wurde.



Johann Cramer
Quelle: Bildarchiv der
Ostfriesischen Landschaft
(Nachlass Dr. J. Byl)

Die Entlassung erfolgte in den Ort der Geburt, und so kam Cramer, der eigentlich zurück zu seiner Familie nach Thüringen wollte, wieder nach Norden. Bald wurde ihm die Leitung des Kreiswirtschaftsamtes übertragen, das die Aufgabe hatte, Bezugsscheine für die Dinge des täglichen Bedarfs auszugeben. Als nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone im Sommer 1946 sich die erneute Verfolgung der SPD abzeichnete, verließen Cramers Frau und Kinder – eine Tochter, ein Sohn – Thüringen und kamen nach Norden. Als die britische Besatzungsmacht Zeitungen wieder zuließ, wurde dem politisch unbelasteten Cramer eine Lizenz erteilt und begann am 1. April 1947 die Produktion der Nordwestdeutschen Rundschau in Wilhelmshaven. Zunächst war er verantwortlich für die Leitung der Lokalteile, 1952 übernahm er die Geschäfts- und Verlagsleitung, 1954 dazu noch die Leitung der Gesamtreaktion. Diese berufliche Tätigkeit behielt er bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Juli 1970 bei.

Politisch war Cramer immer auf der gemäßigten Linken aktiv. Bereits 1920 gehörte er in Norden zu den Gründern des „Jugendbundes der freien Gewerkschaften“, einer Vorläuferorganisation der „Sozialistischen Arbeiterjugend Norden“. Ein Jahr später trat er mit 16 Jahren in die SPD ein. Seine eigentliche Karriere als Parteipolitiker begann jedoch nach dem Krieg. Er trug entscheidend zum Wiederaufbau der SPD im Nordwesten bei. Erstmals übernahm er jetzt ein Mandat, und zwar im Februar 1948 das eines Abgeordneten des bizonalen Wirtschaftsrates in Frankfurt. Das Mandat für den ersten Deutschen Bundestag gewann er für den Wahlkreis Wilhelmshaven-Friesland knapp vor dem Kandidaten der rechtsextremen Deutschen Reichspartei. Bei der Wahl zur zweiten Legislaturperiode war er nicht über die Landesliste abgesichert und unterlag dem CDU-Kandidaten. Dem dritten Bundestag gehörte er wieder an und war dann kontinuierlich dessen Mitglied bis 1972, als er zugunsten von Herbert Ehrenberg auf eine erneute Kandidatur verzichtete.

Als Abgeordneter des Wirtschaftsrates wie dann vor allem als Bundestagsabgeordneter hat Cramer die spezifischen Probleme der durch die Marine geprägten Stadt Wilhelmshaven besonders im Auge gehabt. Die ausschließlich auf die Marine ausgerichtete Stadt kam mit der Demilitarisierung nach 1945 in eine wirtschaftlich schwierige, die allgemeine Not noch verschärfende Lage. Um existieren zu können, benötigte sie völlig neue Perspektiven. Darauf wirkte Cramer schon im bizonalen Wirtschaftsrat hin, und im Bundestag suchte er mit zahlreichen Initiativen die Infrastruktur seines Wahlkreises zu verbessern. In einen gewissen Zwiespalt geriet er bei der Frage der Wiederbewaffnung, die er mit seiner Partei zunächst ablehnte. 1957 engagierte er sich dann aus der Einsicht heraus, daß nahezu jede Stadt seines Wahlkreises Militärstandort war, im Verteidigungsausschuß des Bundestages. Daneben gehörte er auch den Ausschüssen für Post und Fernmeldewesen (in der 1. Wahlperiode als Vorsitzender), für Außenhandel und Verkehr sowie dem Haushaltsausschuß an. 1955 wurde Cramer Vorsitzender der SPD in Wilhelmshaven und gehörte von 1956 bis 1981 dem Rat der Stadt an. Von 1975 bis 1985 war er auch Vorsitzender des Verbandes der Sozialversicherten, Rentner und deren Hinterbliebenen. 1969 wurde er mit dem Großen Bundesverdienstkreuz und 1972 mit dem Stern zum Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Werke: Der rote November 1918. Revolution in Wilhelmshaven, Wilhelmshaven 1968.

Literatur: DBA II 240, 223-225; III 155, 116; Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 1., 3.-6. Wahlperiode (Portr.); Wilhelmshavener Heimatlexikon, hrsg. von Werner Brune, Band 1, Wilhelmshaven 1986, S. 176; Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, hrsg. von Rudolf Vierhaus und Ludolf Herbst, Band 1, München 2002, S. 126 f.; Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Band 1, Boppard 1982, S. 255-314 (Portr.).

Martin Tielke